



NIEDERSCHRIFT

über die 37. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 22.05.2018,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:34



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel ab 17.10 Uhr TOP 1 ö.S.

Georg Schmalz

Michael Schreiner

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Prof. Dr. Hannes Kopf

Florian Maier

Michael Scheid ab 17.48 Uhr TOP 4 ö.S.

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

Aydin Tas



Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Hans Volkhardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

AfD

Jürgen Sauer

FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron



FWG

Linda Klein

Parteilos

Bertram Marquardt

Beigeordneter

Rudi Klemm



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass das Ratsmitglied Prof. Peter Leiner sein Mandat aus gesundheitlichen Gründen mit sofortiger Wirkung niedergelegt habe.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Remanenzkonzept
Vorlage: 101/418/2018
3. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Aufstellung von Hundetoiletten in Landau
Vorlage: 101/419/2018
4. Neubesetzung von Ausschüssen; Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in den Verwaltungsrat der Sparkasse Südliche Weinstraße
Vorlage: 100/247/2018
5. Museum der Stadt Landau in der Pfalz;
 1. Namensgebung
 2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über das Stadtarchiv und das städtische Museum
 3. Beschluss einer Benutzungsordnung für das Museum für Stadtgeschichte Landau in der PfalzVorlage: 300/140/2018
6. Sanierung der Schulsportanlagen an der Integrierten Gesamtschule und am Eduard-Spranger-Gymnasium
Vorlage: 400/094/2018
7. Stadtumbaugebiet „Östliche Innenstadt“; Herstellung des 2. Bauabschnittes Ostbahnstraße im Bereich des ehemaligen Rosenplatzes und der damit verbundene Ankauf und Rückbau des Ostringpavillons
Vorlage: 610/505/2018
8. B272 / K13 / K42, Anbau zusätzlicher Einfädelspuren bei Dammheim
Vorlage: 660/164/2018
9. Ausbau der Walsheimer Straße (K11) in Landau-Nußdorf, Vergabe der Tiefbau- und Straßenbauarbeiten
Vorlage: 680/167/2018
10. Vergabe der Bauarbeiten zum Abbruch und Neubau der Horstbrücke
Vorlage: 680/168/2018



11. Vergabe eines Gutachtens zur Grundlagenermittlung der Stadtsauberkeit von Landau inkl. Kostenschlüssel
Vorlage: 860/379/2018
12. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner sprach allgemein die Kosten für externe Expertisen an und kam dann auf die Kosten für den Rosenplatz zu sprechen.

Da dieses Thema auf der Tagesordnung der Sitzung stand, entzog ihm der Vorsitzende gemäß der Bestimmungen der Gemeindeordnung und der Hauptsatzung das Wort.

Ein weiterer Einwohner erkundigte sich nach dem Planungsstand zum Baufeld 33. Dort seien Festungsreste gefunden worden, die man bei der weiteren Planung berücksichtigen müsse.

Der Vorsitzende teilte mit, dass es in der Zwischenzeit Gespräche des Investors mit der Generaldirektion Kulturelles Erbe (GDKE) gegeben habe. Nach den Vorgaben der GDKE werde eine Lösung gesucht, die die Erhaltung der Festungsmauern beinhalte.

Ein weiterer Einwohner sprach den Weißquartierplatz und den dortigen Ideenwettbewerb an. Seine Frage gehe dahin, ob die Untersuchungen abgeschlossen seien und wenn ja, mit welchem Ergebnis.

Herr Kamplade erläuterte das Verfahren bei den Untersuchungen besonders im Hinblick auf die denkmalrechtlichen und archäologischen Gegebenheiten. Denkmalrechtlich gebe es in Abstimmung mit der GDKE keine Einschränkungen.

Der Einwohner bat weiter um eine Definition des Begriffes "Nutzung". Bedeute dies ein Parkplatz oder sei etwas anderes darunter zu verstehen?

Der Vorsitzende entgegnete, Nutzung heiße Nutzung, egal in welcher Form.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Remanenzkonzept

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 13. Mai 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Im Jahr 2015 habe man zum ersten Mal eine Remanenzkarte vorgelegt bekommen. Darin habe sich gezeigt, dass in der Kernstadt und den Ortsteilen über 800 Wohnadressen mit nur einem Bewohner über 70 Jahre bewohnt war. In der gesamten Diskussion müsse man verschiedene Aspekte bedenken. Es gehe darum, alten und einsamen Menschen zu helfen und zugleich Wohnraum zu schaffen. Primär gehe es darum, den älteren Menschen zu helfen ihre Immobilie zu halten. Hierzu gebe es verschiedene Möglichkeiten vom Ausbau eines Dachgeschosses bis zur Vermietung von Zimmern. Bei alledem sei klar, dass es eine sehr respektvolle Ansprache brauche, um diese Menschen zu erreichen. Man könne ihnen aber auch vermitteln, dass dies ein Beitrag sein könnte, um anderen Menschen zu helfen.

Der Vorsitzende erklärte, dass man ja bei der Schaffung von Wohnraum nicht nur über Neubaugebiete spreche. Vielmehr beinhalte Landau baut Zukunft ein ganzes Maßnahmenbündel. Er sei dennoch froh über diesen Antrag. Offenbar erkenne jetzt auch die Fraktion der Grünen an, dass ältere Menschen ein Bleiberecht in ihrer Wohnung hätten. Es sei das politische Ziel, älteren Menschen möglichst lange den Verbleib in den eigenen vier Wänden möglich zu machen. Er rege an, zu dieser Frage den Beirat für ältere Menschen einzubeziehen und den Antrag zunächst dorthin zu verweisen. Zudem sei der Antrag haushaltsrelevant und müsse in die Haushaltsberatungen verwiesen werden.

Ratsmitglied Lerch war der Meinung, dass der Antrag vor Konjunktiven nur so strotze. Ähnliche Ansätze gebe es in anderen Städten auch schon. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme einem Verweis in den Beirat für ältere Menschen zu.

Ratsmitglied Vogler sprach sich ebenfalls für einen Verweis in den Beirat für ältere Menschen aus. Es sei gut, das Anliegen zu unterstützen, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrem eigenen Haus wohnen können. Vor allem dürfe kein Druck auf die Menschen aufgebaut werden. Letztendlich entscheide der Mensch, der in diesem Haus oder dieser Wohnung lebe.

Ratsmitglied Freiermuth war der Auffassung, dass dieser Antrag ein erheblicher Eingriff in die Privatsphäre der Menschen wäre. Man sollte diese Frage aber dennoch diskutieren. Daher stimme die FWG-Stadtratsfraktion einem Verweis in den Beirat für ältere Menschen zu. Ihn würde aber interessieren, wie viele Kosten für externe entstehen würden.

Ratsmitglied Wagner stimmte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion einem Verweis in den Beirat für ältere Menschen ebenfalls zu. Er sehe dies nicht so negativ wie es bei seinen Vorrednern angeklungen sei. Aber klar sei auch, dass es in der Theorie einfacher klinge, als es dann in der Praxis sei.

Der Vorsitzende betonte, dass man bereits eine solche Form der Ansprache habe. Man sei Teil des Modellprojekts "Gemeindeschwester plus". Zum Verfahren schlage er noch mal vor, eine Stellungnahme des Beirates für ältere Menschen einzuholen, es dann im



Stadtrat nochmal zu beraten und gegebenenfalls in den Haushaltsberatungen aufzurufen.

Ratsmitglied Lichtenthäler unterstrich, dass dies ein sehr sensibles Thema sei. Es gehe nicht darum, bestimmen zu wollen, sondern darum, durch eine gezielte respektvolle Ansprache, Möglichkeiten aufzuzeigen.

Ratsmitglied Baum-Baur berichtete, dass es durchaus Anfragen von älteren Menschen nach kleinerem Wohnraum gebe. Es müsse auch die Frage gestellt werden, wo und wann das Älterwerden beginne.

Ratsmitglied Hartmann stellte klar, dass man niemandem vorschreiben wolle, ob er in seiner Wohnung oder seinem Haus bleiben dürfe oder nicht. Wenn man aber einen gewissen Prozentsatz erreiche, sei vielen geholfen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, ein Remanenzkonzept zur Unterstützung und Beratung älterer Bürgerinnen und Bürger zu erarbeiten, wird an den Beirat für ältere Menschen verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Aufstellung von Hundetoiletten in Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 15. Mai 2018, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Eggers begründete den Antrag. Mit dem Antrag gehe es um eine bestimmte Facette beim Thema Sauberkeit in Landau. Er freue sich, über einen kleinen Wandel von Seiten der Verwaltung, nachdem Herr Bürgermeister Dr. Ingenthron dies im Jahr 2017 noch abgelehnt habe. Man bitte darum, dass die Stadt sich in dieser Frage ein Konzept überlege, das nicht nur die Aufstellung von Kotbeutel Spendern, sondern auch das Aufstellen entsprechender Entsorgungstonnen beinhalte.

Der Vorsitzende stellte fest, dass es sich um einen Prüfauftrag handle, den man im Rahmen der Möglichkeiten bearbeiten werde. Im Moment nähere man sich ja von verschiedenen Seiten dem Thema Stadtsauberkeit. Von daher schlage er vor, den EWL zu beauftragen, das Thema bei der Stadtbildpflege mit zu bedenken.

Ratsmitglied Vogler stimmte für die SPD-Stadtratsfraktion dem Antrag zu. Sie rege an, vielleicht auch daran zu denken, „Hundetoiletten“ auszuweisen.

Ratsmitglied Hartmann unterstützte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion den Antrag ebenfalls. Auch er halte es für eine sinnvolle Ergänzung neben den Hundekotbeuteln auch Mülleimer aufzustellen.

Ratsmitglied Freiermuth sah bei der Sauberkeit in der Stadt durchaus eine Verbesserung im Vergleich zu früher.

Ratsmitglied Wagner stimmte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion dem Antrag ebenfalls zu. Hinsichtlich des Konzeptes zur Stadtbildpflege habe er allerdings nur eine beschränkte Hoffnung auf Besserung.

Ratsmitglied Schwarzmüller teilte die Auffassung, dass es sauberer geworden wäre in der Stadt, nicht. Sie könne keine Verbesserung feststellen.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erläuterte, dass die bisherigen Initiativen der Fraktionen ein umfangreiches Konzept gewesen wären mit einer hohen Kostenbelastung. Deshalb habe er jetzt einen Testversuch mit 3 Tütenspendern an neuralgischen Punkten veranlasst.

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass alle diese Notwendigkeit in der Stadt bisher nicht gesehen hätten. Am Ende werde die Gretchenfrage sein, ob man bereit sei, Geld in die Hand zu nehmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und in welcher Form die Aufstellung von Hundetoiletten in Landau realisiert werden kann. Hierbei soll auch angegeben werden, welche Kosten hierdurch verursacht werden. Weiterhin sollen bereits geeignete Standorte im Stadtgebiet und an stark frequentierten Hundespazierwegen vorgeschlagen werden.

Mit der Prüfung wird der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb beauftragt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Neubesetzung von Ausschüssen; Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in den Verwaltungsrat der Sparkasse Südliche Weinstraße

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 15. Mai 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt Frau Lea Saßnowski, Kramstraße 11, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat der Sparkasse Südliche Weinstraße.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Museum der Stadt Landau in der Pfalz;

1. Namensgebung
2. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über das Stadtarchiv und das städtische Museum
3. Beschluss einer Benutzungsordnung für das Museum für Stadtgeschichte Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 17. April 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Wagner regte an, nochmal über das Eintrittsentgelt nachzudenken. In Frankreich beispielsweise hätten alle EU-Bürger unter 26 Jahren freien Eintritt. Er würde sich wünschen, dass man dies auch bei unserem Stadtmuseum schaffe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass diese Diskussion im Kulturausschuss sehr ausführlich und sachlich geführt worden sei. Von daher sehe er hierfür heute keinen erneuten Beratungsbedarf.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. das Museum in „Museum für Stadtgeschichte der Stadt Landau in der Pfalz“ umzubenennen.
2. Den als Anlage 1 beigefügten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über das Stadtarchiv und das städtische Museum (Änderungssatzung Archiv- und Museumssatzung)“ als Satzung.
3. Die als Anlage 2 beigefügte „Benutzungsordnung für das Museum für Stadtgeschichte der Stadt Landau in der Pfalz“.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Sanierung der Schulsportanlagen an der Integrierten Gesamtschule und am Eduard-Spranger-Gymnasium

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 24. April 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Nach den Beratungen im Schulträgerausschuss sei man der Integrierten Gesamtschule insoweit entgegengekommen, dass die bisherige Fläche der Schule zur Nutzung erhalten bleibe. Sie müsse sie aber selbst unterhalten.

Ratsmitglied Lerch war der Auffassung, dass die Bedenken der Integrierten Gesamtschule nachvollziehbar seien. Man habe aber jetzt eine gute Lösung gefunden. Er finde es gut, dass die Schule dies in Eigeninitiative schultern wolle. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Vogler erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zustimmen werde. Man sei dankbar, dass sich der Kampf der IGS für die Sportanlage gelohnt habe.

Ratsmitglied Freiermuth sah hier ein klassisches Beispiel für Synergie. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl legte großen Wert darauf, dass die Kosten von 84.000 Euro für die Brücke eingespart werden. Unter dieser Prämisse stimme die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die beiden Schulsportanlagen an der Integrierten Gesamtschule und am Eduard-Spranger-Gymnasium zusammenzulegen und die Schulsportanlage am Eduard-Spranger-Gymnasium so zu ertüchtigen, dass die Anlage für das Eduard-Spranger-Gymnasium, die Integrierte Gesamtschule, die Paul-Moor-Schule sowie die Michael-Ende Grundschule Queichheim gemeinsam genutzt werden kann. Die bisherige Fläche an der Integrierten Gesamtschule bleibt der Schule zur Nutzung erhalten. Sie hat sie selbst zu unterhalten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Stadtumbaugebiet „Östliche Innenstadt“; Herstellung des 2. Bauabschnittes Ostbahnstraße im Bereich des ehemaligen Rosenplatzes und der damit verbundene Ankauf und Rückbau des Ostringpavillons

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 26. April 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es sei richtig gewesen, dass man hier eine lange und intensive Diskussion geführt habe. Man habe heute eine ausgewogene Vorlage, die das Recht des Rates wahrt, das Heft des Handelns in der Hand zu behalten. Nun müsse die Verwaltung die Gespräche mit den Eigentümern führen. Klar sei dabei, dass eine Enteignung kein Thema sei und nicht zum Tragen kommen solle. Es solle in Verhandlungen eine für beide Seiten faire Lösung gefunden werden.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass sich eine lange Diskussion ihrem Ende zuneige. Ihm sei es wichtig, dass diese Entscheidung im Rat getroffen werde. Wichtig sei auch, dass die Rahmenbedingungen stimmen, nicht mit Enteignungsinstrumenten gearbeitet werde und das Letztentscheidungsrecht beim Rat bleibe. Die Entscheidung müsse jedes Ratsmitglied für sich treffen, daher werde auch die CDU-Stadtratsfraktion differenziert abstimmen.

Ratsmitglied Vogler freute sich, dass man heute eine Entscheidung treffen könne. Es sei dies eine kluge und sinnvolle Entscheidung in die richtige Richtung. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Lichtenthäler stimmte für die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage zu. Es sei überzeugend dargelegt worden, dass der Abriss des Pavillons bessere Möglichkeiten schaffe. Er lege Wert darauf, dass dies heute keine Entscheidung über die Platzgestaltung und künftige Verkehrsführung sei. Auch mit dem Punkt 3 des Beschlussvorschlages könne man gut leben.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass man abwarten müsse, ob die Eigentümer tatsächlich verkaufsbereit seien. Er würde sich auch dagegen wehren, dort einen zweiten Parkplatz zu machen. Vielmehr könne man dort einen Platz generieren, der sehr attraktiv werden könnte. Die FWG-Stadtratsfraktion sehe es sehr positiv und stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl sah das Ganze nicht so positiv. Der Platz biete keine großen Möglichkeiten. Viele Fragen seien noch offen. So sei die Zuschussfrage nicht abschließend geklärt. Die Eigentümer hätten ebenfalls ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Es sei zudem keine richtige Kosten-/Nutzen-Relation. Die Pfeffer- und Salz-Stadtratsfraktion lehne die Vorlage ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 31 Ja,- 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

1. **die Herstellung des 2. Bauabschnittes Ostbahnstraße gemäß der Vorlage und dem Gestaltungskonzept „Stadtboulevard Ostbahnstraße“ sowie den Ankauf und Rückbau des Ostringpavillons.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte zum Ankauf und zum Rückbau des Ostringpavillons sowie zur Herstellung des 2. Bauabschnittes Ostbahnstraße in die Wege zu leiten.**



-
-
3. Die Ziffern 1. und 2. stehen unter Vorbehalt, dass mit den Eigentümern des Pavillons Einigkeit über die Verkaufsbedingungen erzielt wird und der Stadtrat diesen zustimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

B272 / K13 / K42, Anbau zusätzlicher Einfädelspuren bei Dammheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 4. April 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Man habe hier eine schwierige Gesamtsituation zu beraten. Der Ortsbeirat Dammheim habe die Vorlage zweimal abgelehnt, weil er befürchte, dass dieses Provisorium eine Dauereinrichtung werde. Wenn die Stadt Landau ihre Zustimmung verweigere, dann könne die Einfädelspur nicht gebaut werden. Dann habe man über einen längeren Zeitraum eine Verschärfung der heute schon schwierigen Verkehrssituation. Er appelliere, in Gesamtverantwortung für die Stadt die Möglichkeiten durch diese temporäre Maßnahme zu nutzen. Es werde bei gutem Verlauf bis zum Jahr 2028 dauern, bis die große Lösung realisiert werden könne. Bis dahin hätte man einen verschärften Zustand dieser ohnehin schon schwierigen Situation. Er werde von Seiten der Verwaltung für diese Vorlage stimmen. Ergänzend habe er noch eine Resolution vorgelegt, die gegenüber dem LBM die Wichtigkeit der großen Lösung betone.

Ratsmitglied Lerch war der Meinung, dass bei Betrachtung der Fakten einiges für die vorgeschlagene Lösung spreche, die eine Verbesserung des Status quo sei. Die große Lösung werde in den nächsten 10 Jahren nicht kommen. Gleichwohl gelte es die Position des Ortsbeirates Dammheim ernst zu nehmen. Die CDU-Stadtratsfraktion werde differenziert abstimmen.

Ratsmitglied Maier sah keine neue Faktenlage. Bei der vom LBM vorgeschlagenen Lösung sei zumindest Skepsis angebracht. Die SPD-Stadtratsfraktion lehne den Beschlussvorschlag ab.

Ratsmitglied Lichtenthäler erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Man sehe durchaus das Dilemma, sehe aber auch ein Stadtdorf, das durch immer mehr Verkehr stranguliert werde. Dieses Dilemma sei Folge des B 10-Ausbaus. Die B 272 hänge damit unmittelbar zusammen. Wenn man kein Transitverkehrsverbot bekomme, werde man auch auf der B 272 mehr LKW-Verkehr bekommen.

Ratsmitglied Freiermuth sagte, dass sich die FWG-Stadtratsfraktion ebenfalls sehr schwer tue. Man sehe zum einen die zweimalige Ablehnung des Ortsbeirates und die Gefahr, dass ein Provisorium sehr lange bestehen bleibe. Andererseits könne man durch die vorgeschlagene Maßnahme möglicherweise schwere Unfälle vermeiden. Die FWG-Stadtratsfraktion werde sich enthalten.

Ratsmitglied Dr. Migl erinnerte daran, dass sie sehr lange und vehement gegen die sogenannte "Hornbachspange" gekämpft habe. Für die Pfeffer- und Salz-Stadtratsfraktion sei das Votum des Ortsbeirates sehr wichtig. Es bestehe die Gefahr, dass ein Provisorium zur Dauerlösung werde. Der Ausbau der B 10 führe zwangsläufig zu mehr Verkehr und zu mehr Straßenbau. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne die Vorlage ab.

Der Stadtrat lehnte den Beschlussvorschlag mehrheitlich mit 6 Ja-, 20 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Ausbau der Walsheimer Straße (K11) in Landau-Nußdorf, Vergabe der Tiefbau- und Straßenbauarbeiten

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 3. Mai 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Ausführung der Tiefbau- und Straßenbauarbeiten für den Ausbau der Walsheimer Straße (K11) in Landau-Nußdorf ist der Firma Johann Schön & Sohn Bau GmbH & Co KG, Speyer, zu den Preisen ihres Angebotes vom 23.04.2018, das mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuerin Höhe von 322.416,03 EUR abschließt, zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Vergabe der Bauarbeiten zum Abbruch und Neubau der Horstbrücke

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 15. Mai 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass sie sehr froh sei, dies heute auf der Tagesordnung zu haben. Der derzeitige Zustand der Brücke sei nicht mehr weiter zumutbar.

Ratsmitglied Freiermuth begrüßte die Vorlage ausdrücklich. Die Horstbrücke müsse funktionsfähig sein, sie sei eine wesentliche Verkehrsader der Stadt. Man begrüße dies als ein Gewinn für Landau.

Ratsmitglied Lichtenthäler erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Auch wenn man im Vorfeld für eine andere Lösung votiert habe, erkenne man an, dass die Sanierung sein müsse.

Ratsmitglied Lerch freute sich, über den hohen Konsens in diesem Punkt. Er bitte darum, mit den Beeinträchtigungen gerade im Hinblick auf Informationen an die Bevölkerung sehr sensibel umzugehen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag zur Ausführung der Bauarbeiten zum Abriss und Neubau der Horstbrücke in Landau in der Pfalz ist der Firma Theisinger und Probst Bau GmbH, Pirmasens, zu den Preisen ihres Hauptangebotes und unter Berücksichtigung der Nebenangebote 1,2 3 und 5 vom 26.04.2018, die mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 5.304.708,23 EUR abschließen, zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Vergabe eines Gutachtens zur Grundlagenermittlung der Stadtsauberkeit von Landau inkl. Kostenschlüssel

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 9. Mai 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Mit dem Thema Stadtsauberkeit habe man sich bereits vor rund 5 Jahren beschäftigt und bei der Verwaltung einen runden Tisch eingerichtet, wie man dies effizienter machen könne. Man erkenne jetzt, dass die bisherigen Anstrengungen nicht ausreichend seien. Es zeige sich, dass man mehr Aufwand betreiben müsse, wenn man eine saubere Stadt haben wolle.

Ratsmitglied Lerch dankte der Verwaltung für diese Vorlage. Es seien in der Stadt Landau noch einige Verbesserungen bei der Stadtsauberkeit erreichbar. Dies müsse breit aufgestellt und die Bürger einbezogen werden. Er bitte um Erläuterung, ob die Qualitätsanalyse tatsächlich noch 2018 vorliegen werde.

Herr Pfersdorf erläuterte, dass dies tatsächlich so sei, da dies sehr schnell ermittelt werden könne.

Ratsmitglied Wagner war der Meinung, dass Landau bei der Sauberkeit gut dastehe. Man gebe hier eine Unmenge an Geld aus für ein Gutachten, für das es gar keine Notwendigkeit gebe. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne die Vorlage ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

Der Vergabe eines Gutachtens zur Grundlagenermittlung der Stadtsauberkeit von Landau auf Basis des bezeichneten Kostenschlüssels wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte, dass das Oberverwaltungsgericht entschieden habe, dass die Abrissarbeiten am Voodoo-Club fortgesetzt werden könnten.

Der Vorsitzende lud weiter zur Feierstunde zum Stadtgeburtstag am 30. Mai im Eduard-Spranger-Gymnasium hin.

Ratsmitglied Hartmann bat um Auskunft, bis wann er mit einer Antwort auf die Anfrage zu den Wohnberechtigungsscheinberechtigten rechnen könne.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man hier auf Auskünfte von Externen angewiesen sei und es daher noch etwas dauern könne.

Ratsmitglied Lerch fragte, bis wann mit dem Förderbescheid für die Sporthalle West zu rechnen sei.

Der Vorsitzende unterstrich, dass der Förderbescheid bisher noch nicht da sei.

Ratsmitglied Lerch wollte weiter wissen, was aus dem Thema Ladestationen für Elektrofahrräder geworden sei.

Der Vorsitzende erläuterte, dass es im Zusammenhang mit den Ladestationen für Elektroautos auch einen Standort für eine Ladestation für Elektrofahrräder in der Innenstadt geben werde.



Die Niederschrift über die 37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 22.05.2018 umfasst 14 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 113.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter